

## 1 **Bericht der Sondierungskommission an den Landesvorstand der Berliner SPD**

2 Im Mittelpunkt der Sondierungen stand die politische Frage, ob das rot-grün-rote Bündnis als  
3 echtes gemeinsames Projekt im Interesse der Berlinerinnen und Berliner zielorientiert,  
4 dauerhaft und belastbar zusammenarbeitet. Die Auslotung der inhaltlichen Schnittmengen  
5 mit der CDU hat wegen gesellschaftspolitischer Vorbehalte demgegenüber zunächst eine  
6 untergeordnete Rolle gespielt. Als dritter Aspekt war selbstverständlich die Frage der  
7 Perspektive der Sozialdemokratie in Berlin bedeutsam.

8

## 9 **Sondierungen mit Grünen und Linken**

10 Das Ergebnis der Sondierungen mit Grünen und Linken ist von der gemeinsamen  
11 Einschätzung getragen, dass Rot-Grün-Rot in Berlin derzeit kein gemeinsames dauerhaftes  
12 und belastbares Projekt darstellt, das mit hinreichender Sicherheit bis 2026 trägt. Darüber  
13 hinaus bestehen erhebliche Zweifel an der Umsetzungsbereitschaft derzeitiger und  
14 zukünftiger Koalitionsverabredungen.

### 15 *Stark überwiegende Eigeninteressen der Grünen*

16 In nahezu allen politischen Teilbereichen haben die Grünen erhebliche Zweifel an der  
17 Ernsthaftigkeit ihrer Verabredungsfähigkeit aufkommen lassen. Selbst bezüglich des  
18 bestehenden Koalitionsvertrages sah sich die Sondierungsgruppe mit ständigen  
19 Relativierungen konfrontiert. Insbesondere wurden sektorübergreifend Zielzahlen oder die  
20 Verbindlichkeit von Absprachen in Abrede gestellt. Das betrifft beispielsweise den  
21 Wohnungsbau und die Wohnungsbauförderung, den Schulneubau und die Schulsanierung,  
22 die Lehrkräftebildung, die Fortführung sowohl des 9-Euro-Sozialtickets als auch des 29-Euro-  
23 Tickets, Verbesserungen bei der Besoldung und Vergütung der Landesbeschäftigten und die  
24 Wiedereingliederung von Töchtern in die Landesunternehmen.

### 25 *Angespannte parteiinterne Situation der Linken*

26 Es bestehen keine Zweifel an der verbindlichen Herangehensweise und  
27 Verabredungsfähigkeit der politischen Führung der Linkspartei. Dennoch steht die Partei vor  
28 einer Zerreißprobe, deren Ausgang aktuell ungewiss erscheint. Zentrale Protagonist:innen  
29 arbeiten derzeit aktiv an einer Spaltung der Partei. Auf Landesebene bestehen erhebliche  
30 Zweifel an der Durchsetzungsfähigkeit verabredeter Positionen in der Breite der Partei. In  
31 den Sondierungen hat sich die Überzeugung herausgearbeitet, dass die Aufweichung von  
32 Beschlüssen und die Verzögerung von Prozessen, zum Beispiel bei der  
33 Wohnungsbauförderung oder bei Bebauungsplänen, sich nicht nur verstetigen, sondern  
34 verstärken werden.

35

## 36 **Sondierungen mit der CDU**

37 Die Sondierungen mit der CDU haben zu der Überzeugung geführt, dass die wesentlichen  
38 politischen Positionen der SPD sich bei der Kompromissfindung widerspiegeln und eine  
39 positive Prognose zur realistischen Umsetzbarkeit gegeben werden kann. Im Ergebnis

40 konnten mit der CDU in allen Bereichen große Schnittmengen festgestellt werden, die sich  
41 wie folgt darstellen:

#### 42 **Wohnungsbau und bezahlbare Mieten:**

- 43 • Der Neubau soll gemeinsam und mit ambitionierten Zielsetzungen vorangetrieben  
44 werden. Das Neubauziel von durchschnittlich bis zu 20.000 neuen Wohnungen pro  
45 Jahr bleibt erhalten. Dabei werden alle Akteure einbezogen: Landeseigene  
46 Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und private Akteure. Bau- und  
47 Verkehrsplanung werden stärker miteinander verzahnt. Vereinbarte Neubauprojekte  
48 werden von allen Beteiligten Akteuren unterstützt und zur Realisierung gebracht.
- 49 • Auf Landes- und Bundesebene soll für eine Verschärfung der Mietpreisbremse und  
50 weiterer Maßnahmen zum Schutz von Mieterinnen und Mietern und zur  
51 Mietpreisregulierung eingetreten werden.
- 52 • In der Liegenschaftspolitik soll weiter gelten: keine Privatisierungen, keine Verkäufe.
- 53 • Dem Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ wird im Fall eines  
54 entsprechenden Votums der Expertenkommission durch die Entwicklung eines  
55 Vergesellschaftungsrahmengesetzes und dem weiteren Ankauf von  
56 Wohnungsbeständen für die kommunale Hand Rechnung getragen.

57

#### 58 **Funktionierende Stadt:**

- 59 • Gemeinsam mit den Bezirken wird die Verwaltungsreform ohne Verzögerungen und  
60 mit klarem Zielbild vorangetrieben. Zuständigkeiten zwischen Land und Bezirken  
61 werden klarer gefasst und eine Verfassungsänderung angestrebt. Alle Verfahren  
62 sollen im Laufe der Legislatur bis 2026 abgeschlossen werden.
- 63 • Im Mittelpunkt der Verwaltungsreform steht die Dienstleistung gegenüber den  
64 Berlinerinnen und Berlinern. Dafür sind die Digitalisierung und Vereinfachung von  
65 Verfahren gezielt voranzubringen.

66

#### 67 **Innere Sicherheit:**

- 68 • Es gilt die Haltung, unmissverständlich und unterstützend hinter der Arbeit von Polizei  
69 und Rettungskräften in Berlin zu stehen.
- 70 • Mehr Personal, bessere Ausstattung und Modernisierung der Infrastruktur der  
71 Dienststellen und Wachen von Polizei und Rettungskräften zählen zu den prioritären  
72 Projekten.
- 73 • Sicherheit und Sauberkeit sollen stärker zusammen gedacht werden. Dafür sollen  
74 insbesondere auch in den Bezirken die personellen Voraussetzungen geschaffen  
75 werden.
- 76 • Die Ergebnisse des Gipfels gegen Jugendgewalt, insbesondere auch im Bereich des  
77 Präventionsarbeit, werden umgesetzt.

78

79 **Verkehr:**

- 80 • Die Umsetzung der Verkehrswende hat Priorität. Dabei wird stärker als bislang der  
81 Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Bedürfnissen der Verkehrsteilnehmerinnen  
82 und Verkehrsteilnehmer gesucht.
- 83 • Der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs in Berlin und die Zusammenarbeit  
84 mit dem Bund und dem Land Brandenburg hat einen hohen Stellenwert. Dazu  
85 gehören S- und U-Bahnlinien ebenso wie die Tram.
- 86 • Preisgünstige Angebote für den ÖPNV in Berlin bleiben erhalten. Es gibt ein klares  
87 Bekenntnis für die Fortführung des 29-Euro-Tickets.
- 88 • In der Friedrichstraße wird gemeinsam mit Anwohnenden und Gewerbetreibenden  
89 an Lösungen für eine Stadtraumgestaltung gearbeitet, die einer modernen  
90 europäischen Metropole gerecht wird.

91

92 **Klimaschutz:**

- 93 • Berlin soll früher als 2045 klimaneutral werden. Dazu soll die Innovationskraft des  
94 Wirtschaftsstandorts Berlin genutzt und bestehende Programme zum Ausbau  
95 erneuerbarer Energien und zur Energieeffizienz weiter verstärkt werden.
- 96 • Zur Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen für die klimaneutrale Stadt wird ein  
97 Sondervermögen eingerichtet.

98

99 **Bildung:**

- 100 • Berlin wird deutlich mehr Lehrkräfte ausbilden als bisher, um den wachsenden  
101 Schülerzahlen gerecht zu werden.
- 102 • Die Schulbauoffensive wird weiter vorangetrieben.
- 103 • Die Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule bleibt erhalten.

104

105 **Stadt der Vielfalt:**

- 106 • Der Kampf gegen Rassismus und Queerfeindlichkeit muss weiter verstärkt werden.  
107 Die vielfältige und weltoffene Stadt Berlin ist zu fördern.
- 108 • Berlin bleibt die Stadt der Frauen und wird seine moderne Gleichstellungspolitik  
109 fortsetzen.
- 110 • Das Landesantidiskriminierungsgesetz bleibt erhalten und wird weiter umgesetzt.
- 111 • Die Erhöhung der Zahl von Einbürgerungen, die Errichtung eines  
112 Landeseinbürgerungszentrums und die Beschleunigung der Verfahren sind wichtige  
113 Anliegen.
- 114 • Das Neutralitätsgesetz wird gerichtsfest angepasst.
- 115 • Zur Einführung des Wahlalters 16 werden verfassungsändernde Mehrheiten im  
116 Parlament ausgelotet.

117

118 **Wirtschaft:**

- 119 • Die erfolgreiche Wirtschaftspolitik der vergangenen Monate und die Umsetzung des  
120 Neustart-Programms werden fortgesetzt.
- 121 • Die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge über landeseigene Unternehmen wird  
122 fortgesetzt. Dazu gehört auch der Erwerb der Fernwärme und von Anteilen an der  
123 GASAG.

124 **Arbeit und Soziales:**

- 125 • Landesmindestlohn und Vergabemindestlohn bleiben erhalten und werden  
126 dynamisch erhöht.
- 127 • Perspektivisch sollen die Töchterfirmen von Charité und Vivantes zu den  
128 Mutterkonzernen zurückgeholt werden. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“  
129 soll gelten.
- 130 • Die Bekämpfung der Kinderarmut bleibt ein wichtiges Ziel.
- 131 • Die Arbeit zur Vermeidung von Obdachlosigkeit und die Unterstützung von Menschen  
132 bei der Vermeidung von Wohnungslosigkeit werden fortgeführt.
- 133 • Berlin muss weiter die Unterbringung von Geflüchteten gewährleisten. Dafür sind  
134 weitere Flächen für die Errichtung modularer Unterkünfte für Geflüchtete zu  
135 erschließen und der Bau dieser Unterkünfte in allen Bezirken zügig voranzubringen.

136

137 **Bewertung der Zukunftsperspektiven für die SPD**

138 Das historisch schwächste Ergebnis für die SPD Berlin mit 18,4 Prozent der Zweitstimmen hat  
139 vielfältige Ursachen. Die niedrigen und weiter sinkenden Zustimmungswerte für die Arbeit  
140 der seit 2016 bestehenden Koalition legen nahe, dass es für die Berliner SPD in dieser  
141 Konstellation schwer wird, einen echten Neuanfang zu vermitteln, der Voraussetzung für eine  
142 Trendumkehr mit Blick auf die Zustimmungswerte wäre. Die hohe Anzahl ungelöster  
143 koalitionsinterner Konflikte im Verlauf der vergangenen sechs Jahren legen nahe, dass eine  
144 Verbesserung der Bilanz in für die SPD Berlin wesentlichen Themenfeldern, etwa beim Bau  
145 bezahlbarer Wohnungen oder der Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit im  
146 derzeitigen Bündnis kaum glaubhaft darstellbar ist. Entsprechend sind die Aussichten für die  
147 Wahlen 2026 vor dem Hintergrund einer geschwächten SPD in einem krisenbelasteten  
148 Bündnis kaum positiv darstellbar. Eine Erhöhung der Gestaltungsmacht in einem  
149 Zweierbündnis mit geringeren Reibungsverlusten bei den koalitionsinternen Abstimmungen  
150 lässt erwarten, dass eine bessere Umsetzung der eigenen Vorhaben und eine verbesserte  
151 Profilbildung in einer Koalition mit der CDU mit Blick auf die Wahlen in 2026 möglich ist.

152 In den sehr unterschiedlichen Ergebnissen in der Innenstadt und in den Außenbezirken zeigt  
153 sich, dass eine verbindende Kraft dringend benötigt wird. Die SPD Berlin hat die Möglichkeit  
154 in einem Bündnis mit der CDU als diese ausgleichende und verbindende soziale Kraft in der  
155 Stadt wahrgenommen zu werden. Soziale Politik für Berlin, für eine klimaneutrale, moderne  
156 Metropole stehen im Zentrum unseres Engagements. Wir sind die Berlin-Partei, die wieder  
157 zur alten Stärke zurückfindet.

158 Berlin steht vor riesigen Herausforderungen. Die Berlinerinnen und Berliner haben eine  
159 Koalition verdient, die die Lösungen der Probleme zügig angeht und nach vorne schaut. Nur  
160 in einer solchen Koalition wird es uns gelingen, die SPD zu profilieren und Berlin  
161 voranzubringen.

162

163

#### 164 **Votum der Sondierungskommission**

165 Nach Auswertung der Sondierungsgespräche mit Grünen, Linken und CDU kommt die  
166 Sondierungskommission der SPD Berlin, namentlich Franziska Giffey, Raed Saleh, Cansel  
167 Kiziltepe, Kian Niroomand, Ina Czyborra, Rona Tietje und Michael Biel, zu dem Beschluss,  
168 dem Landesvorstand der SPD Berlin die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU  
169 Berlin zu empfehlen.

170 Weiter wird empfohlen, die Entscheidung über den Koalitionsvertrag in einem  
171 Mitgliedervotum durch die breite Basis der Partei zu treffen.

172 In der nächsten außerordentlichen Sitzung des Landesvorstandes am 6. März 2023 wird der  
173 Landesvorstand auf Vorschlag des GLV über die Zusammensetzung der Verhandlungsgruppen  
174 für die Aushandlung des Koalitionsvertrages beschließen.